



Sicherheit, Demokratie und Städte:
das **Manifest** von Aubervilliers und Saint-Denis

◀◀ *Die europäischen Städte haben sich daher für Prävention entschieden, um künftigen Generationen Sicherheit als Grundrecht und unerlässliches Element der Lebensqualität zu garantieren.* ▶▶







Einleitung

➤ In einer Zeit, in der die Wirtschaftskrise Europa und die Welt fest im Griff hat und die sozialen und kulturellen Errungenschaften des zwanzigsten Jahrhunderts in Frage stellt, wollen lokale Gebietskörperschaften, Institutionen sowie Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, die unter der Schirmherrschaft von Efus in Aubervilliers und Saint-Denis zusammen gekommen sind, bekräftigen, dass soziale Präventionspolitik im Kampf gegen Gewalt und Kriminalität nachweislich wirkungsvoll ist. Wir sollten dabei auch bedenken, dass Prävention die kostengünstigste Lösung ist, und zwar nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in sozialer Hinsicht.

Aus diesem Grund hat Efus nach Montreal, Paris, Neapel und Zaragoza die fünfte internationale Konferenz in Aubervilliers und Saint-Denis unter das Thema „Die Zukunft der Prävention“ gestellt. Zu dieser Konferenz kamen am 12., 13. und 14. Dezember 2012 über 900 Teilnehmer, darunter die Vertreterinnen und Vertreter von 200 Städten aus 40 Ländern und fünf Kontinenten, zusammen.

Die Konferenz endete mit der Verabschiedung des nachstehenden Manifestes, welches durch konkrete Empfehlungen aus den thematischen Konferenzworkshops ergänzt wird.

Dieses Manifest bringt die Schlussfolgerungen und Grundsätze zum Ausdruck, die von den Teilnehmern der Konferenz vertreten wurden, und bildet den Sockel an Prinzipien und Wertvorstellungen des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit dar. Es soll den Städten und Gemeinden als Hilfe, Unterstützung und Inspiration bei der Planung und Förderung ihrer Sicherheitspolitik dienen. Es soll aber auch die Stimme der Lokalpolitiker bei nationalen, europäischen und internationalen Institutionen zu Gehör bringen.

Es soll ferner als Ausgangsbasis für Debatten mit den Bürgern in ganz Europa dienen und ihre Beteiligung an Sicherheitsfragen fördern.

Wir fordern die Gebietskörperschaften in ganz Europa auf, ihr Engagement für gerechtere und sicherere Städte zum Ausdruck zu bringen, indem sie sich diesem Manifest anschließen und seine Grundsätze in ihrer Lokalpolitik vertreten.

.....: **Guilherme Pinto**, Efus-Präsident

Herausforderungen für Europa

Die Herausforderungen in Bezug auf unsere ökologische, soziale, wirtschaftliche und finanzielle Zukunft stellen sich vor dem Hintergrund eines tiefgreifenden Wandels des internationalen Umfelds.

Europa ist mit Ungleichgewichten und Ungleichheiten, insbesondere einem Anstieg der Arbeitslosigkeit konfrontiert, die die Bürgerinnen und Bürger Europas in Existenzängste stürzen, die die sozialen Bindungen und das Vertrauen in die Zukunft erschüttern. Angesichts der Globalisierung, die sich nur schwer bändigen lässt und deren Chancen nicht immer genutzt werden, ist Europa von Zerfall und Abschottung bedroht. In Europa bedroht die Krise den sozialen Zusammenhalt und die Solidarität, sie fördert Egoismus und Individualismus.

Das Gefühl der Unsicherheit war noch nie so groß und die Beziehungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Politikern zeichnen sich durch zunehmendes Misstrauen aus. Die Fähigkeit der Politik, den Lauf der Dinge zu ändern, wird deutlich in Frage gestellt.

Organisiertes Verbrechen und Wirtschaftskriminalität, die von der staatlichen Politik eher mit Stillschweigen übergangen werden, stellen eine Bedrohung für das soziale Gleichgewicht und unsere demokratischen Errungenschaften dar.

Europa zeigt sich diesen Herausforderungen nicht gewachsen, denn dieses soziale, wirtschaftliche und politische Projekt trägt den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend Rechnung, so dass diese sich kaum damit identifizieren können.

Zwar hat Europa beträchtliche Fortschritte gebracht, allen voran einen seit 65 Jahren währenden Frieden, doch mangelt es an einem europäischen Zusammengehörigkeitsgefühl, so dass ein kollektives Engagement nicht möglich ist.

Die Gefahr des Autoritarismus

Angesichts dieser Herausforderungen besteht die Gefahr, dass nur die sichtbarsten Erscheinungen dieser Ungleichgewichte in Angriff genommen werden: Elend, städtische Unruhen, Menschenhandel, Entwicklung von Suchtverhalten, Gewalt zwischen Männern und Frauen, Jugendgewalt und abweichendes Verhalten.

Autoritäre staatliche Antworten bieten den handelnden Behörden den kurzfristigen Vorteil sichtbaren Auftretens. Langfristig birgt dieses Vorgehen aber hohe soziale und wirtschaftliche Kosten und droht, unser freiheitliches Rechtssystem in Frage zu stellen.

Vernunft wahren

Die anstehenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen zwingen uns zur Berücksichtigung sowohl der kurz- wie auch der langfristigen Auswirkungen unserer Entscheidungen auf die Zukunft unserer Kommunen. Wir sind gezwungen, unsere Prioritäten und Vorgehensweisen zu überdenken. Dies birgt auch Chancen für Innovation.

In demokratischen Aushandlungsprozessen auf der Grundlage von Wissenschaft und Erfahrung lassen sich die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen unserer Entscheidungen für unsere Zukunft besser abwägen.

Unsere Reaktionen auf die aktuellen Ungleichgewichte müssen diesem schwierigen und anspruchsvollen Weg folgen. Sicherheit muss mehr denn je auf einem Gleichgewicht zwischen Sanktion und Prävention aufbauen. Die Städte müssen darauf achten, dass der Staat kleinen Delikten und schweren Straftaten in jeweils angemessener Weise begegnet.

Prävention: Eine Entscheidung für die Zukunft

Mit der Entscheidung, die Inhalte unserer Konferenz auf die Zukunft der Prävention auszurichten, wollen die Efus-Mitglieder eine optimistische Dynamik hervorrufen um der lähmenden Logik der Angst zu begegnen. Durch die Ablehnung des Fatalismus einer Krisenkonjunktur haben wir die Möglichkeit, Spielräume und Entwicklungsmöglichkeiten zu erkennen und zu nutzen.

Die Entscheidung für Prävention gilt als rationale, strategische Alternative mit einem optimalen Kosten-Nutzen-Verhältnis. Vor dem Hintergrund von Etatkürzungen und finanziellen Umstrukturierungen, die in den kommenden Jahren unerlässlich sein werden, müssen die Akteure der Sicherheit gesteigerte Kreativität und Pragmatismus verknüpfen. Das Streben nach Effizienz unterstreicht die Bedeutung von Partnerschaften und einer funktionierenden Arbeitsbeziehung zwischen staatlichen und privaten Beteiligten an einem Gemeinschaftsprojekt.

Sicherheit und nachhaltige Entwicklung

In Anlehnung an die Charta von Aalborg wünschen sich die Efus-Mitglieder hohe Lebensqualität für alle. Sie lehnen den nur auf Notfallreaktionen beschränkten Umgang mit Sicherheit ab und unterstützen eine langfristig angelegte Politik.

Die europäischen Städte haben sich daher für Prävention entschieden, um künftigen Generationen Sicherheit als Grundrecht und unerlässliches Element der Lebensqualität zu garantieren.

Die Bürger im Mittelpunkt

Sicherheitspolitik muss ausgehend von den individuellen und kollektiven Bedürfnissen des Bürgers gedacht und konzipiert werden und nicht in Abhängigkeit von den staatlichen Institutionen. Um dies zu erreichen, ist die Beteiligung ein übergreifendes Handlungsprinzip, das die Zivilgesellschaft in sämtliche Etappen der Planung, Umsetzung und Bewertung politischer Maßnahmen einbezieht.

Prävention kann in Zukunft nur unter umfassender Beteiligung der Jugend geplant und verwirklicht werden, die nur allzu oft stigmatisiert und Opfer von Gewalt wird. Konkrete Zielsetzungen und Ausdrucksmöglichkeiten müssen auf das gemeinsame politische Projekt bezogen werden, das die europäischen Bürger eint. Aktives Bürger-tum beinhaltet die Identifikation jedes Einzelnen mit Sicherheit; dazu gehört auch die Förderung von Gesetzestreue und gemeinsamen Wertvorstellungen in Bezug auf Gerechtigkeit und Demokratie.

Eine aufgeklärte Politik

Politik muss stets den technischen und wissenschaftlichen Kenntnisstand berücksichtigen und entsprechende Voraussetzungen schaffen.

Dazu müssen sich die Städte mit den notwendigen Mitteln ausstatten, um sicherzustellen, dass ihre Politik durch qualitativ und quantitativ fundierte Informationen geleitet und bestimmt wird und nicht auf Vorurteilen oder ideologischen Parolen beruht. Sie verpflichten sich zur systematischen Bewertung ihrer Präventionsinitiativen, um deren Wirksamkeit zu erhöhen und die Prävention dadurch professioneller zu gestalten.

Ein Europa der Städte

Europäische Städte werden charakterisiert durch das Vorhandensein öffentlicher Räume, die von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen genutzt werden. Sie möchten diese urbane Qualität erhalten und entwickeln. Vorrang wird dabei der Schaffung sozialer und gesellschaftlicher Bindungen eingeräumt. Sicherheit soll die Bürgerinnen und Bürger nicht voneinander entfernen, sondern Räume schaffen, in denen die Sicherheit aller gewährleistet wird. Der öffentliche Raum steht für sozialen Zusammenhalt und symbolisiert die Beziehung zwischen Bewohnerschaft und ihrer Stadt.

Die europäischen und einzelstaatlichen Institutionen erkennen die Städte heute als unerlässliche Partner an. Sie stehen in direktem Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern und verbinden Kompetenz in Solidarität, Prävention und Sanktion mit Erfahrung im Umgang mit täglichen Problemen. Die Bereitstellung der finanziellen und personellen Ressourcen muss die Aufteilung der Zuständigkeiten zum Ausdruck bringen und Partnerschaften und Kooperationen zwischen Ländern, Städten und der Zivilgesellschaft anerkennen.

„Zusammenleben“ der Städte

Die Städte treten für ein weltoffenes Europa ein, in dem Bestimmungen und Gesetze respektiert und die Vielfalt der Bevölkerung positiv genutzt wird.

Die Städte bringen ihren Willen zum Ausdruck, Sicherheit zu einem öffentlichen Gut zu machen, basierend auf der Achtung der Grundrechte, die im öffentlichen ebenso wie

im privaten Raum gewährleistet werden müssen, zu dem Einzelpersonen ebenso wie Gruppen beitragen.

Diese Form von Sicherheit ist komplex und muss auf weitreichenden Partnerschaften begründet sein. Sie wird durch die Verknüpfung von Prävention, Sanktion und solidarischer Politik entwickelt und umgesetzt. Die Förderung der Rechte von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter müssen systematisch und konstant erfolgen. Ein proaktiver politischer Ansatz, mit dem Zusammenleben und Miteinander gefördert wird, ist elementar für unsere Gesellschaften, denn sonst besteht die Gefahr des Auseinanderfallens.

.....
.....
*Gerechte Städte sind
sichere Städte.*





Themenspezifische
Empfehlungen



Sicherheitsanalysen, Präventionsprogramme und Wirkungsüberprüfung



Ausgangslage:

- Städte und Gemeinden sind mit einer zunehmenden Beschränkung öffentlicher Mittel konfrontiert. Daher ist es noch dringlicher geworden, dass die lokale Präventionspolitik kosteneffizient arbeitet. Erfolg versprechende Präventionsmaßnahmen müssen sorgfältig ausgewählt werden. Wie bereits in anderen Empfehlungen und Veröffentlichungen hervorgehoben wurde, können Sicherheitsaudits als Entscheidungshilfe dienen und eine rationale Grundlage für die Konzeption und Auswahl der Investitionen bieten. Sie sollen dazu beitragen, ein breites Spektrum an Problemlagen zu verstehen, um integrierte Strategien zur Kriminalprävention zu entwickeln.
- In den letzten Jahren entwickelten sich umfassende und differenzierte Konzepte, Methoden und Programme aus der wissenschaftlichen Debatte über die für ein Benchmarking der Kriminalitätsprävention geeigneten methodologischen Instrumente. Allerdings besteht nach wie vor das Problem, dass wissenschaftliche Forderungen und die Erwartungen der lokalen Beteiligten kaum aufeinander abgestimmt sind. Wissen bleibt ungenutzt und lokalen Strategien fehlt es nach wie vor oft an einer fundierten wissenschaftlichen Grundlage.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention

- für eine wissenschaftsbasierte Kriminalitätsprävention zu sorgen;
 - > Probleme müssen in ihren lokalen Ursachen und Zusammenhängen analysiert und beschrieben werden. Gegenmaßnahmen sollten auf ihre Wirksamkeit geprüft sein. Die Er-

gebnisse müssen ausgehend von den vorab definierten Zielstellungen bewertet werden.

- > lokale Bündnisse und Partnerschaften zwischen Wissenschaft und Kommune als Schlüsselstrukturen, um diesen systematischen Prozess voranzubringen; Um das Ziel einer wissenschaftsbasierten Kriminalprävention zu erreichen, ist die Unterstützung der nationalen Behörden sowie der Europäischen Union erforderlich.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Förderung des Bewusstseins der Notwendigkeit wissenschaftsbasierter Präventionsarbeit;
- Überprüfung der lokalen Präventionspolitik bezüglich ihrer Zielorientierung und Effizienz;
- Ausarbeitung der Anforderungen an methodologische Instrumente, die für die Situation der Städte geeignet sind;
- Implementierung von Verfahren, die einen systematischen Ansatz für Kriminalprävention bieten;
- Initiierung von Partnerschaften zwischen Wissenschaft und lokalen Behörden.

Ein öffentlicher Raum für alle

Ausgangslage:

- Der öffentliche Raum ist ein wesentliches Element für das Funktionieren und die Qualität einer Stadt. Er ist der Ort des Zusammenlebens schlechthin.
- Der öffentliche Raum ist Gemeinschaftsgut, Ort der Begegnung, des Dialogs, des Zusammenseins, der gemeinsamen Nutzung durch verschiedene Gruppen und der kulturellen Bereicherung. Er sollte daher aufgewertet werden, für alle zugänglich und ein Ort sein, an dem die Menschen sich wohl und sicher fühlen.
- Aufgrund einer ungünstigen Gestaltung oder einer unausgeglichene Nutzung verzeichnen öffentliche Räume Probleme wie Unsicherheit, „antisoziales“ Verhalten, Kriminalität oder gefühlte Unsicherheit und führen zu Konflikten zwischen den Nutzern.
- Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Gestaltung und Sicherheit des öffentlichen Raums.
- Ein gut geplanter öffentlicher Raum trägt den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürgern Rechnung. Die Sicherheit des öffentlichen Raums hängt von einer Vielzahl von Akteuren und Berufsgruppen ab, die zu seiner Gestaltung, seinem Funktionieren, seiner Lebendigkeit beitragen. Unterschiedliche Bereiche erfordern spezifische Gestaltung und damit individuelle Lösungen.
- Der öffentliche Raum kann durch seine Funktion, die Art seiner täglichen Nutzung und seiner Gestaltung selbst zu einem Raum der Mediation und zu einem positiven Vektor für das Zusammenleben werden.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- die Bürger, Anwohner und Nutzer in die Planung und Verwaltung des öffentlichen Raums einzubeziehen;
- sicherheitsspezifische Herausforderungen bereits bei der Planung des öffentlichen Raums zu berücksichtigen; Prävention muss in die Raumordnung einbezogen werden. Dazu muss bereits zu Beginn eines Pro-

..... jektes ein Dialog zwischen Planern und Nutzern/Verwaltern vorgesehen werden.

- das Zusammenleben im öffentlichen Raum und seine Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt in den Vordergrund zu rücken; Sicherheit sollte als ein Parameter von vielen angesehen werden.
- der zunehmenden Privatisierung des öffentlichen Raumes Einhalt zu gebieten und darauf zu achten, dass Sicherheit im öffentlichen Raum nicht zur Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen führt;
- Entwicklungen der Nutzung des öffentlichen Raumes über die Zeit ebenso Rechnung zu tragen wie unterschiedlichen Nutzungen zu Tages- und Nachtzeiten.
- die Frage nach dem öffentlichen Raum unter Berücksichtigung geschlechterspezifischer Aspekte zu beantworten;
- die Verwaltung und Regeln für das Nutzen des öffentlichen Raumes gemeinsam mit den Nutzerinnen und Nutzern zu entwickeln, und auf eine gemeinsame Nutzung und das zu eigen machen durch die Bevölkerung abzielen; Gleichzeitig sollte eine exklusive Nutzung durch bestimmte Gruppen vermieden werden und der menschliche Faktor bekräftigt werden.
- die Ausbildung der verschiedenen Akteure, wie Architekten, Städteplaner und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, zu überarbeiten, um Know-how in Bezug auf Qualitätskriterien im öffentlichen Raum zu integrieren.

..... **Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:**

- Bessere Abstimmung der staatlichen Politik auf die menschlichen Komponenten des öffentlichen Raums: Einwohner, Nutzer, Berufe, die traditionell im öffentlichen Raum ausgeübt werden, usw.;
- Entwicklung der Bürgerbeteiligung und verstärkte Nutzung von Mitteln, die es den Anwohnern und Nutzern ermöglichen, sich einzubringen, wie beispielsweise „Exploratory walks“;
- Das Präventionspotenzial von Berufsgruppen, die im öffentlichen Raum tätig sind, auszubauen;
- Die Zusammenarbeit der verschiedenen städtischen Stellen, Berufsgruppen und allen anderen lokalen Akteuren zu verbessern, um so ein noch leistungsfähigeres und bedürfnisorientiertes Management urbaner Probleme zu erreichen.<

Mediation

Ausgangslage:

- Städte, Schulen, Familien und Unternehmen sind Orte des Zusammenlebens. Sie sind gekennzeichnet durch eine Vielzahl von emotionalen und zweckgebundenen zwischenmenschlichen Beziehungen.
- Sie sind damit auch Orte von Meinungsverschiedenheiten, Spannungen, Konflikten, Unsicherheit oder gar Gewalt.
- Mediation kann in diesen Situationen ein Faktor für die Wiederherstellung der Kommunikation, die Schaffung und Wiederherstellung von Bindungen, für Gewaltprävention, Management und gütliche Beilegung von Konflikten sein. Mediation gilt als starke praktische Antwort und zugleich als Kultur. Es handelt sich um einen freien, direkten, raschen, kostengünstigen und wirkungsvollen Prozess, der die Form von sozialer, familiärer oder gerichtlicher Mediation annehmen kann. Mediation ist eine der Antworten, für die sich bereits zahlreiche Städte entschieden haben.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- dass die örtlichen Verantwortungsträger ihren politischen Willen zur Unterstützung und Erleichterung der Umsetzung der Mediation bekräftigen;
- bei Überlegungen und Initiativen zur Mediation systematisch auf Partnerschaften zurückzugreifen und die Zivilgesellschaft einzubeziehen;
- dafür zu werben, dass Schulung und Sensibilisierung in puncto Mediation unerlässlich und ausschlaggebend für ihren Erfolg sind, und zwar sowohl in Gebietskörperschaften als auch in Schulen;
- eine internationale Initiative zu Gunsten von Mediation ins Leben zu rufen, die z.B. von den Vereinten Nationen getragen wird und die Form eines internationalen Jahres der Mediation annehmen könnte.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Schaffung von Bereichen für Mediation und die gütliche Beilegung von Konflikten auf lokaler Ebene, die mit Hilfe qualifizierter Mediatoren (Angestellte oder Ehrenamtliche) die Nachfrage nach Mediation bedienen können.

Bürgerbeteiligung bei Sicherheitsfragen

Ausgangslage:

- Städte sind nicht nur Orte für wirtschaftliche Produktion, Verkehrs- und Mobilitätsknotenpunkte, sondern auch öffentliche Diskussions- und Debattierräume.
- Bürgerbeteiligung ist eine Quelle für nachhaltige Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt, die gerade in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Krise besonders notwendig ist, denn Sicherheit geht alle an.
- Auch wenn für lange Zeit die institutionalisierte Sicherheitskultur wenig auf die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger abzielte, so ist Bürgerbeteiligung heute ein entscheidender Bestandteil der Modernisierung staatlicher Politik. Insbesondere für Städte und Gemeinden ist die Befragung der Einwohner eine wichtige Entscheidungshilfe.
- Die Einbeziehung von Anwohnern, örtlichen Vereinen oder Freiwilligenorganisationen ist vielseitig und weckt Hoffnung im Hinblick auf die gemeinschaftliche Gewährleistung von Sicherheit, aber auch Befürchtungen im Hinblick auf mögliche populistische Entgleisungen.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- Bürgerbeteiligung als einen besonders Erfolg versprechenden Ansatz zur Lösung lokaler Probleme zu nutzen; direkte Bürgerbeteiligung erlaubt es, unmittelbar die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürger zu identifizieren, die man sich manchmal nur schwer ausmalen oder erraten kann;
- eine partizipative Dynamik zu fördern; sie lässt ein Zugehörigkeitsgefühl entstehen und stärkt sozialen Zusammenhalt und hilft so, die lähmende Logik der Angst zu überwinden;

- dass die Städte und Gemeinden durch dauerhaften und kreativen Dialog mit den Bürgern eine gemeinsame soziale Verantwortung in Bezug auf die Entscheidungsfindung im Sicherheitsbereich schaffen, die mit der kollektiven Definition des Begriffs „Sicherheit“ beginnt;
- dass dieser Dialog von den Institutionen unter Einbeziehung sämtlicher Bürgerinnen und Bürger und nicht nur der überproportional vertretenen Gruppen angeleitet und organisiert wird, ohne die spontansten Formen der Mobilisierung und damit auch Protestbewegungen auszuschließen;
- Bürgerbeteiligung langfristig zu organisieren und zu planen, und dem Austausch mit Hilfe von Beteiligungsmechanismen und der systematischen Bereitstellung relevanter Informationen Kontinuität zu verleihen;
- dass die Antworten, die sich aus dem Dialog ergeben, sich auch tatsächlich im öffentlichen Handeln wieder finden und dass die Informationen aus der Bevölkerung nicht durch administrative oder behördliche Vorgaben verzerrt werden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass man in einer einfachen Logik der Dienstleistungserbringung verharrt;
- dass die sicherheitsspezifischen Fragen, die mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden, Teil eines weiter gefassten Dialoges sind, der sozial-, jugend-, kultur-, versorgungs- und städtebaupolitische Aspekte einbezieht, die politisch und organisatorisch mit Sicherheit zu tun haben;
- die weitere Entwicklung der Bürgerbeteiligung im Bereich der Sicherheit und die Einbeziehung von Ehrenamtlichen, wie z. B. Quartiersmediatoren, Stadtteilreferenten oder -Gestalter; diese sollen aber nicht die öffentliche Hand ersetzen und insbesondere nicht an die Stelle der Polizei treten. Für die Einbeziehung von Bürgern muss es klare Grenzen, Vorgaben und Vorschriften geben,

die schriftlich festgehalten werden müssen; außerdem sollte die Stadt oder die Gemeinde auch angemessene Anleitungen, Ausrüstungen und Schulungen bereitstellen.

..... **Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:**

- Förderung und Unterstützung der Bürgerbeteiligung in unseren Städten an den verschiedenen Aspekten der Sicherheitspolitik und der Planung der Strategien sowie an der Umsetzung konkreter Initiativen und ihrer ständigen Bewertung;
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe im Rahmen von Efus zum Austausch von guten Praktiken im Bereich der Bürgerbeteiligung sowie zur Umsetzung und Einhaltung der vorstehenden Empfehlungen;
- Förderung von Verfahren mit „Pakten“ oder Verträgen zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Institutionen zur Förderung einer gemeinsamen Sicherheitsstrategie. In einem solchen Rahmen sind alle Maßnahmen in einem gemeinsamen, für alle einsehbaren Dokument enthalten.



Die Polizei als aktiver Gestalter der Prävention

Ausgangslage:

- Die Polizei spielt eine Schlüsselrolle bei der Bereitstellung von Sicherheitsdiensten für städtische Gemeinschaften. Sie ist aber gleichzeitig mit Hindernissen im Zuge der Expansion der Stadtgebiete und der geänderten Anforderungen der Bürger konfrontiert.
- Da die meisten Stadtgebiete mit vielschichtigen Herausforderungen in punkto Sicherheit und Schutz konfrontiert sind, müssen die örtlichen Behörden festlegen, wie sie besser mit der Polizei zusammenarbeiten und sich koordinieren können. Sie müssen ein sicheres städtisches Umfeld schaffen und wandelnden Anforderungen Rechnung tragen, wie z.B. voranschreitender Urbanisierung und dem Entstehen von „no go areas“, Problemen des öffentlichen Raums, den Anforderungen von Notfallplänen, den begrenzten Ressourcen, der Ungleichheit, der Inklusion von Einwanderern, Flüchtlingen und Minderheiten, der Verwundbarkeit von Frauen und Kindern, aber auch komplexen grenzüberschreitenden Verbrechen wie Cyberkriminalität, Drogen-, Waffen- und Menschenhandel oder Terrorismus.
- Die örtlichen Behörden spielen eine wichtige Rolle in der Zusammenarbeit mit der Polizei, um im Rahmen des Austausches örtlicher Kenntnisse und der Stärkung der Beziehung zwischen Polizei und Bevölkerung Lösungen zu finden.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- die lokale Ebene als Mittler zwischen Polizei und Zivilgesellschaft anzuerkennen, mit der Aufgabe zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Polizei und Bevölkerung beizutragen;
- dass die lokale Ebene den Informationsaustausch über Menschenrechte organisiert;

-
- örtlichen Behörden die Polizei als Schlüsselbeteiligte in die Planung integrierter Sicherheits- und Präventionsansätze, die sich mit der Komplexität von Stadtgebieten und Verbrechen in Städten befassen, einzubeziehen;
 - besonderes Augenmerk auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der Menschenrechte seitens der Polizei zu legen, da diese entscheidend sind für den Aufbau von Vertrauen mit den Bürgern und letztlich die effiziente Durchführung ihrer Aufgaben;
 - den Regierungen, Strategien zu verabschieden, ändern und/oder zu unterstützen, darunter auch polizeiliche Strategien, die auf Prävention und Sachkenntnissen basieren und im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen mehreren Stellen geplant, umgesetzt, überwacht und beurteilt werden.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Entwicklung und Stärkung formeller städtischer Sicherheitspartnerschaften zwischen örtlichen Behörden, Polizei und anderen Stellen, um Prävention und realitätsnahe Sicherheitspläne zu ermöglichen;
- Formelle Integration von Prävention und Verhaltenskodexen in Polizeistrukturen und -ausbildung;
- Organisation regionaler und internationaler Veranstaltungen für Polizei und örtliche Behörden aus verschiedenen Stadtgebieten, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Initiativen zu entwickeln;
- Ausarbeitung von Programmen mit Aktivitäten, die Polizei und Bevölkerung einander näher bringen sollen, vor allem in jüngeren Altersgruppen.



Prävention von Rückfälligkeit

Ausgangslage:

- Gesellschaften, die auf den Grundsätzen der sozialen Zusammenhanges basieren, bieten der Gemeinschaft den besten Schutz vor den Schäden und Problemen, die durch Verbrechen verursacht werden. Das bedeutet, dass Haftstrafen das letzte Mittel in den strafrechtlichen Systemen sein sollten.
- Deshalb sollte möglichen alternativen Lösungen stets der Vorzug gegenüber Haftstrafen gegeben werden.
- Die Rolle der Städte bei der Suche nach Alternativen zu Haftstrafen und der Reintegration ehemaliger Strafgefangener in Abstimmung mit den Justizinstitutionen muss anerkannt werden, wie schon in früheren Empfehlungen erwähnt².

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- den Zugang zu Behörden und den Dienstleistungen von öffentlichen Einrichtungen und privaten Trägern sicherzustellen, da soziale Inklusion die Wahrscheinlichkeit von Rückfällen verringert. Motivation zur Resozialisierung, die Möglichkeit für Wiedergutmachung und positive Erfahrungen für ehemalige Strafgefangene sollten unbedingt gefördert werden;
- den lokalen Entscheidungsträgern, die Kooperation zwischen Polizei, Bewährungsdienststellen, Opferorganisationen, Vermittlern von Täter-Opfer-Ausgleich und anderen städtischen und lokalen Stellen zu fördern, um den vielschichtigen Bedürfnissen sowohl der ehemaligen Strafgefangenen als auch der Opfer und der Gesellschaft an die Resozialisierung noch besser Rechnung tragen zu können;
- vor dem Hintergrund einer Tendenz zu strengerer Bestrafung, dass die Städte in die Resozialisierung von Straftätern und in die Kooperation zur Verringerung von Rückfälligkeit investieren. Sie sollten auch die zentrale Rolle der Bewährung erläutern. Dies muss

auf politischer Ebene sowie in der breiten Öffentlichkeit geschehen, um das Vertrauen der Gesellschaft zu gewinnen;

- so bald wie möglich Studien durchzuführen, die es erlauben, neue Maßnahmen zu evaluieren und die Fortschritte in diesen Bereichen zu analysieren.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Förderung eines integrierten Ansatzes, der auf der Kooperation verschiedener Akteure und Behörden beruht und der sowohl ehemaligen Straftätern als auch Opfern Unterstützung bietet;
- Zusammenarbeit mit europäischen Berufsverbänden in den Bereichen Bewährung, Justizvollzug, Täter-Opfer-Ausgleich, Opfer, Polizei usw., um die lokalen Partnerschaften weiter zu stärken;
- Bildung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung konkreter Vorschläge für die Umsetzung dieser Ziele.



Der genderspezifische Ansatz und Prävention von Gewalt gegen Frauen

Ausgangslage:

- In vielen Ländern ist Frauenmord eine der ersten Ursachen für den gewaltsamen Tod von Frauen³. Frauenmord ist häufig die Folge von Mobbing und Übergriffen.
- Frauen sind besonders gefährdet, sowohl in privaten als auch in öffentlichen Räumen. Gewalt durch Männer gegen Frauen in öffentlichen und privaten Bereichen muss als zwei Äußerungen desselben Phänomens gewertet werden. In beiden Fällen basiert die Gewalt auf der Ungleichheit, durch die sich die Beziehungen zwischen Männern und Frauen auszeichnen⁴.
- Die örtlichen Behörden können eine wichtige Rolle bei der Prävention von Gewalt gegen Frauen und bei der Erhöhung der allgemeinen Sicherheit für Frauen spielen. Verstärkte Sanktionen in diesem Bereich können nützlich sein, aber dieses Phänomen wird – vielleicht mehr als andere Verbrechen – besser durch einen präventiven Ansatz behandelt.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- Gewalt von Männern gegen Frauen überall gesetzlich als Straftat anzuerkennen und zu verurteilen, und die Bemühungen zu Gunsten einheitlicher gesetzlicher Rahmenbedingungen in Europa zu verstärken;
- die Forschungsarbeiten – einschließlich spezifischer Opferumfragen und umfassender Informationen zu Frauenmord – auf nationaler und lokaler Ebene zu verbessern. In vielen europäischen Ländern sind die verfügbaren Daten unzuverlässig oder für die politischen Entscheidungsträger unbrauchbar;
- repressive, präventive, straf- und zivil- oder verwaltungsrechtliche Instrumente zum Schutz von Frauen weiter zu entwickeln und besser zu koordinieren;

-
- Städte und Gemeinden in Strategien gegen geschlechterspezifische Gewalt einzubeziehen. Ihre Rolle im Bereich der Prävention und der Unterstützung für die Opfer muss durch nationale Regierungen und die Europäische Union anerkannt und unterstützt werden.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Das Bewusstsein der örtlichen Behörden, der nationalen Regierungen und der internationalen Organisationen weiter zu schärfen, um sicherzustellen, dass die Entscheidungsträger für die Umsetzung von Gesetzen basierend auf diesen Empfehlungen zur Rechenschaft gezogen werden;
- Die Prävention von Gewalt gegen Frauen vorrangig zu behandeln. Ferner müssen neue und vorhandene Tools zur Bekämpfung von geschlechterspezifischer Gewalt entwickelt und verbessert werden. Dazu sollte auch die gemeinsame Berufsausbildung von Polizisten und Sozialarbeitern gehören;
- Bezugnahme auf einen genderspezifischen Ansatz in allen politischen Maßnahmen für urbane Sicherheit, anstelle separater Maßnahmen.
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe im Rahmen von Efus zum Thema geschlechterspezifische Gewalt, die den örtlichen Behörden bei der Beobachtung des Phänomens auf europäischer Ebene helfen soll, um sich über gute Praktiken auszutauschen und Lösungen zu finden, die an den örtlichen Kontext angepasst werden können;
- Arbeit an der Prävention von Gewalt gegen Frauen bereits in jungen Jahren, insbesondere bezogen auf die Beziehungen zwischen Mädchen und Jungen.

3- Bericht über Schwerpunkte und Skizzierung neuer politischer Rahmenbedingungen in der EU zum Kampf gegen Gewalt, Ausschuss für Frauenrechte und Gleichstellung von Frauen und Männern, Europäisches Parlament (2010/2209(INI)).

4- Inklusion in Städten und Gemeinden: Erklärung von Delhi über die Sicherheit von Frauen, 2010

Gewalt in Schulen und Schulabbruch

Ausgangslage:

- Die Schule fördert das Erlernen des Lebens in der Gesellschaft, die Einhaltung von Regeln und den Respekt von Autorität. Sie ist aber auch das Spiegelbild unserer Gesellschaft, einschließlich ihrer Gewalt. Verbale und physische Gewalt, Beleidigungen und Mobbing äußern sich im schulischen Umfeld ebenso wie an anderen Orten der Stadt.
- Die Schule wird ihren Aufgaben nicht gerecht, wenn sie junge Schulabbrecher nicht unterstützt.
- Schulische Gewalt und Schulabbruch können nicht als vereinzelte Phänomene behandelt werden.
- Die Schule ist Bestandteil der städtischen Zuständigkeit und muss ihren umfassenden Stellenwert in der lokalen Sicherheitspolitik erhalten.
- Die Zukunft der Prävention und damit eine nachhaltige Prävention verläuft zwangsläufig über die Schulen.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- dass die Schule für Integration und nicht für Ausgrenzung sorgt; sie muss den Bedürfnissen Aller Rechnung tragen und ein Klima der Ruhe und des Wohlbefindens bieten, und zwar sowohl für die Schülerinnen und Schüler, als auch für das Lehrpersonal;
- die Schule aktiv an einer Präventionskultur zu beteiligen, die bereits in jungen Jahren mit dem Erlernen von staatsbürgerlichem Verhalten und Gesetzestreue, der Entwicklung von Mediation durch Gleichaltrige, der Arbeit an geschlechterspezifischen Aspekten und seitens der Mitarbeiter mit der Entwicklung von Kompetenzen im täglichen Konfliktmanagement aber auch im Umgang mit Krisensituationen verknüpft ist;

-
- die Idee der alternativen Sanktion als Bestandteil der schulinternen Ausbildung in Erwägung zu ziehen und grundlegende Fragen nach der Begleitung der Opfer und der Wiedergutmachung der verursachten Schäden zu thematisieren;
 - mit den Eltern in Verbindung mit der Schule zusammen zu arbeiten, damit auch sie ihren vollen Stellenwert im Bildungsprozess erhalten; Die Stadt ist für einen Teil des Bildungsbereichs zuständig, insbesondere im Rahmen der Frage nach der staatsbürgerlichen Verantwortung;
 - das Kind in seiner Gesamtheit zu betrachten. Hierzu sind starke und nachhaltige Partnerschaften zwischen den Akteuren des Bildungswesens, wie politisch Verantwortliche, Lehrpersonal, Eltern, Verbände, Sozialarbeiter und Polizisten, wichtig. Zuständigkeiten und Kooperationen sollten in schriftlichen Protokollen festgehalten werden;
 - die Verbreitung von guten Praktiken, die auf rationalen und objektiven Erkenntnissen wissenschaftlicher Forschung beruhen, und die insbesondere Opferumfragen unter Schülern und Mitarbeitern nutzen;
 - die Förderung politischer Maßnahmen, die auf die Erreichung eines Schulabschlusses abzielen und den Bedürfnissen junger Menschen mit Blick auf eine berufliche Integration Rechnung tragen.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Betreuung junger Menschen, bei denen die Gefahr auf Schulabbruch besteht, durch alle zur Verfügung stehenden Mittel;
- Entwicklung und Austausch bei Efus über die in Europa existierenden guten Praktiken und Ansätze;
- Verstärkung der Ausbildung der Mitarbeiter, um angemessen auf Gewaltsituationen zu reagieren und eine effiziente Prävention zu entwickeln, die in der Lage ist, positive Verhaltensweisen und Haltungen zu erzeugen.

Sport und Prävention



Ausgangslage:

- Aktive sportliche Betätigung ist ein wichtiges Mittel für sozialen Zusammenhalt, die Überwindung sozialer und kultureller Differenzen sowie für Verbrechen- und Sozialprävention. Sie ist ferner ein wertvolles Mittel für Freizeitgestaltung und die Erzielung persönlicher Leistungen.
- Sportliche Großveranstaltungen sind für lokale Behörden Herausforderung und Chance zugleich.
- Zahlreiche Maßnahmen wurden seit dem Manifest von Zaragoza erfolgreich verabschiedet, damit Sportveranstaltungen Sicherheit, Schutz und zugleich Spaß bieten.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- den Ausbau offener Sportstätten und die Ermutigung der Bürgerinnen und Bürger, vor allem Jugendlicher und Minderheiten, diese im Rahmen des Amateursports umfassend nutzen;
- die Verknüpfung der Entwicklung von Amateursport mit Bildungswerten, um jede Form von Gewalt, Rassismus und Hass unter Sportlern, Eltern und Zuschauern abzulehnen;
- die Einrichtung einer Schnittstelle zwischen Profi- und Amateursport und dem Leben in der Gemeinschaft durch „Open-Stadium-Initiativen“;
- Fans und ihre Organisationen als einen wichtigen Teil der lokalen Gemeinschaft anzusehen und Sportveranstaltungen nicht nur für sie, sondern auch mit ihnen zu organisieren;
- die Förderung eines offenen Dialogs zwischen Sportfans, ihren Organisationen und Vereinen mit organisatorischem Management (beispielsweise durch „Fan-Chartas“), örtlichen Behörden und Polizei;

-
- die verstärkte Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen der Anwohner bei der Ausrichtung von Sportveranstaltungen und den Versuch, sie an den Veranstaltungen zu beteiligen;
 - dass die Sicherheitskräfte im Vorhinein Gefährdungsanalysen durchführen und darauf aufbauend mit einer angepassten, abgestuften Antwortstrategie reagieren.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Errichtung ausgewogener und nachhaltiger Beziehungen zu lokalen Fangruppen, um sie an der Verantwortung für Sicherheit und dem festlichen Charakter örtlicher Sportveranstaltungen zu beteiligen;
- Durchführung der erforderlichen Ausbildung für Mitarbeiter, die für Sportveranstaltungen zuständig sind, und Nutzung der guten Praktiken, die im Rahmen des Efus-Netzwerks erfasst wurden, um das Sportleben der Stadt weiter zu entwickeln und zu sichern;
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der „Goal“-Arbeitsgruppe von Efus und dem Ständigen Ausschuss des Europarates sowie anderen Initiativen der Europäischen Kommission.

5- GOAL: Preventing violence in sport. (Gewaltprävention im Sport), Efus, Juli 2012, Kapitel 9 „Public Viewing Areas“.

6- *op. cit.*

Kunst, Kultur und Prävention

Ausgangslage:

- Kunst und Kultur spielen eine wichtige Rolle für die Prävention und Sicherheit in Städten, da sie ein wesentlicher Bestandteil der menschlichen Entwicklung sind.
- Kunst und Kultur hängen mit Prävention zusammen, da sie einen Beitrag dazu leisten, die gesellschaftliche Isolierung und Zersplitterung zu durchbrechen, Lebensbedingungen zu schaffen, die für die Entwicklung des Einzelnen förderlich sind, und da sie Arbeitsplätze schaffen.
- Musik, bildende und darstellende Künste nehmen einen wichtigen Stellenwert in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ein, da sie die Entstehung neuer sozialer Praktiken fördern, die bei jungen Menschen ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gruppe und ein gemeinsames Ziel schaffen und sie so ermutigen, eine Rolle in der Entwicklung der Gemeinschaft zu spielen.
- Kunst und Kultur können ferner einen wichtigen Stellenwert in der Arbeit mit Straftätern und Opfern einnehmen.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- dass sich die staatliche Politik mit adäquaten finanziellen und personellen Mitteln daran beteiligt, eine ganzheitliche Entwicklungsstrategie zu erarbeiten, in der Kunst als Träger der individuellen und kollektiven Entfaltung und zur Stärkung des friedlichen Zusammenlebens, des sozialen Zusammenhalts und der Demokratie genutzt wird;
- das Potenzial kultureller und künstlerischer Aktivitäten für die positive Anerkennung der Kompetenzen schwächerer, benachteiligter Bevölkerungsgruppen am Rande der Gesellschaft zu nutzen;
- dass die staatliche Politik dazu beiträgt, den Beitrag künstlerischen Schaffens zum Gemeinwohl zu analysieren und deutlich zu machen;

-
- kulturelle Initiativen und Projekte nicht nur als letzte Chance zu sehen, wenn alles andere fehlgeschlagen ist, sondern sie frühzeitig als Teil einer langfristigen Präventionsstrategie zu nutzen;
 - dass Pilotprojekte und erfolgreiche Beispiele Schule machen und auch von internationalen und nationalen Organisationen als legitimer Beitrag zur Präventionspolitik übernommen werden;
 - immer die Perspektive und Meinung der Zielgruppen im Auge zu behalten, damit diese nicht ausgegrenzt werden;
 - gebietsbezogene und generationsübergreifende Initiativen anzuregen, um soziale Bindungen zu schaffen und die Lebensqualität aller zu erhöhen.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Verknüpfung der Kulturpolitik der Gebietskörperschaften mit der globalen Präventionsstrategie und Einbeziehung der Prävention in die Kulturpolitik;
- Die Schaffung von Partnerschaften, die eine gemeinsame Nutzung der Ziele und Mittel auf jeder territorialen Ebene ermöglichen; Eine solche Zusammenarbeit sollte, neben den institutionellen Akteuren des Kulturbetriebes auch Vereine, Talente und Projekte einbeziehen, die einen Beitrag zur Realisierung der angestrebten Ziele bringen;
- Schaffung und aktiver Beitrag zu einer Internet-Plattform, die einen Austausch über die Beurteilung der Initiativen und politischen Maßnahmen auf internationaler Ebene ermöglicht.



Tourismus und Sicherheit

Ausgangslage:

- Europa ist weltweit das beliebteste Reiseziel. Die Tourismusindustrie stellt ein massives Volumen an gewerblichem und sozialem Austausch dar, der eine Grundlage für die Wirtschaft der europäischen Städte und ein starker Träger für soziale Entwicklung ist.
- Der Erfolg oder Misserfolg einer touristischen Destination hängt unter anderem von der Fähigkeit der Städte ab, ein sicheres Umfeld für Touristen zu gewährleisten. Die Wahrnehmung eines hohen Sicherheitsniveaus ist ein bedeutender Wettbewerbs- und Imagevorteil.
- Unabhängig von der Art des Tourismus sind die örtlichen Behörden in Europa mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Touristen können zur bevorzugten Zielscheibe für Kriminelle werden. Als Opfer benötigen sie unmittelbare Unterstützung und angemessene Versorgungsleistungen. Touristen können aber auch Urheber von unangemessenen Verhaltensweisen und sogar bestimmten Formen von Kriminalität sein.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- lokalen Präventions- und Sicherheitsstrategien touristischer Orte das Ziel eines hochwertigen, sicheren und nachhaltigen Tourismus;
- diese Strategien für sicheren Tourismus auf methodologisch fundierten, lokalen Sicherheitsaudits zu bauen;
- in diesen Strategien Touristen als vorübergehende Bewohner einer Stadt zu betrachten, die mit Rechten und Pflichten ausgestattet sind und die während ihres Aufenthalts Opfer und Täter sein können;
- darüber hinaus angemessene Antworten auf die speziellen Bedürfnisse von Reisenden zu entwickeln;
- dass Sicherheitsdienste und Fremdenverkehrsstellen gemeinsam lokale Partnerschaften entwickeln und in diese insbesondere Poli-

zei, Opferhilfe und Privatsektor einbinden;

- die Nutzung von öffentlich-privaten Partnerschaften, die allen Beteiligten zugutekommen;
- die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung zu fördern und das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf ihre Mitverantwortung bei der Prävention von mit Tourismus verbundener Unsicherheit und unsozialen Verhaltensweisen zu schärfen;
- die internationale Kooperation in Bezug auf sicherheitsspezifische Probleme im Tourismus zwischen Städten, Polizei und internationalen Institutionen, wie der Europäischen Kommission oder dem Welttourismusverband, zu fördern.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Entwicklung und Förderung von guten Praktiken von Städten, die Touristen Sicherheit bieten;
- Entwicklung und Förderung gemeinsamer Indikatoren, die die Beurteilung einer Politik für sicheren Tourismus ermöglichen;
- Ausarbeitung von Leitlinien für eine sichere Tourismuspolitik der Städte.



Sucht und Drogen

Ausgangslage:

- Der Konsum legaler und illegaler psychoaktiver Substanzen gehört zu den kulturellen Gewohnheiten unserer Gesellschaft. Dieser Konsum muss gesteuert werden, um Missbräuche zu vermeiden, die sich negativ auf das Wohlbefinden des Einzelnen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirken.
- Dieses Ziel kann nur durch eine ausgewogene und auf Gegenseitigkeit beruhende Anwendung der öffentlichen Sicherheits- und Gesundheitspolitik erreicht werden.
- Der Schwerpunkt der repressiven Politik muss auf den Handel mit diesen Substanzen und die illegalen Märkte und nicht auf die Anwender ausgerichtet werden.
- Auf der lokalen Ebene können strategische Initiativen und Versuche sowohl seitens der Anwender als auch seitens der Bevölkerung durchgeführt werden.
- Die lokalen Behörden müssen über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, um neue Instrumente zu nutzen und positive Erfahrungen weiterzuführen.
- Dazu sollen die Grundsätze des Manifestes von Zaragoza (2006), der Erklärung von Wien (2010), der Erklärung von Prag (2010) und der Resolution Democracy, Cities and Drugs II (2011) erneut bestätigt werden.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- Maßnahmen nicht auf Ideologie oder Moral zu basieren, sondern der Realität des Drogenkonsums in unseren Gebieten Rechnung zu tragen und auf die Analyse von Fakten aufzubauen - wie beispielsweise den Ergebnissen der wissenschaftlichen Bewertungen durch die Europäische Kommission und das europäische Observatorium für Drogen und Suchtverhalten;

-
- ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Behandlung, Prävention, Integration, Gefährdungsverringerung und Repression anzustreben;
 - die Regulierung des legalen und illegalen Konsums auf einem Gleichgewicht zwischen öffentlicher Gesundheit und Sicherheit aufzubauen;
 - die Einbeziehung der Bevölkerung und insbesondere der Konsumenten in alle Etappen dieser Politik;
 - die Stärkung der europäischen Kooperationen auf diesem Gebiet.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Innovation durch soziale, zivile und strafrechtliche Strategien beim Kampf gegen den Drogenmarkt und die damit zusammenhängende Gewalt;
- Schulung der sozialen und kulturellen Akteure, um umfassende, kohärente und konzertierte politische Maßnahmen im Zusammenhang mit Suchtverhalten zu entwickeln.



Die Stadt bei Nacht



Ausgangslage:

- Städte werden nachts anders genutzt als tagsüber: Die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger ändern sich, die Probleme und die möglichen Antworten unterscheiden sich. Nachts entsteht durch das Wegfallen bestimmter Bezugspunkte und Angst verstärkende Faktoren ein spezifisches Gefühl der Unsicherheit, das nur zum Teil auf tatsächlicher Kriminalität beruht.
- Die Entwicklung von Nachtleben und übermäßigem Alkoholkonsum hat Folgen für Gesundheit und Sicherheit.
- Zahlreiche europäische Städte, insbesondere Universitätsstädte, sind mit erheblichen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Management des Nachtlebens konfrontiert, weil viele öffentliche Stellen normalerweise nachts nichts geöffnet haben.
- Dennoch müssen diese Städte die Qualität ihres Nachtlebens hervorheben, das Teil ihrer touristischen Anziehungskraft ist und für sie einen erheblichen wirtschaftlichen Faktor darstellen kann.
- Der potenzielle Konflikt zwischen der schlafenden, der feiernden und der arbeitenden Stadt zwingt zu einer besseren Organisation des Zusammenlebens und der Qualität des Nachtlebens.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- eine gemeinsame Idee vom Nachtleben mit sämtlichen beteiligten Akteuren, insbesondere mit den Anwohnern und den nachts geöffneten Lokalen, auszuarbeiten, um Situationen zu schaffen, die für alle von Vorteil sind;
- dass dieser partnerschaftliche Ansatz durch die Festlegung von Rechten und Pflichten in einer Charta für das Nachtleben getragen wird. Diese sollte mit einem Aktionsplan mit übergreifenden Antworten und einer Kommunikationsstrategie umgesetzt werden;
- Präventionsmaßnahmen und Initiativen zur Risikoverringerung in Bezug auf Gesundheit und Sicherheit zu ergreifen, die auf Regulierungs- und Sanktionsmaßnahmen aufbauen;

- öffentliche Bereiche in ihrer städtebaulichen und architektonischen Anordnung von Anfang an sowohl zeitlich als auch räumlich zu planen und zu verwalten, d.h. ausgehend von ihrer potenziellen nächtlichen Nutzung;
- nachts Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzusetzen, die für Gestaltung, Sensibilisierung und Mediation zuständig sind, die Spannungen abbauen und das Gefühl der Unsicherheit verringern können, die Risiken reduzieren und die Qualität des Nachtlebens verbessern können und die die Verbindung zu den Diensten herstellen, die tagsüber im Einsatz sind;
- diesen hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Personen Zugang zu einer angemessenen Schulung und Ausrüstung zu geben;
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Nachtlokalen speziell zu schulen, damit sie mit den Gesundheits- und Sicherheitsproblemen umgehen können, die mit den risikobehafteten Verhaltensweisen ihrer Kundschaft einhergehen;
- die spezifischen Probleme im Zusammenhang mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu lösen, um die nächtlichen Massenbewegungen zu regeln und die Zahl der durch Alkohol verursachten Verkehrsunfälle zu verringern.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Entwicklung einer Risikopräventionskultur im Gesundheits- und Sicherheitsbereich bezogen auf das öffentliche Nachtleben auf europäischer Ebene im Rahmen eines konstanten Austausches über besonders viel versprechende Initiativen;
- Festlegung einer Reihe objektiver Bewertungskriterien im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit Mitgliedsstädten von Efus, um die offizielle Anerkennung eines nachhaltigen, hochwertigen Nachtlebens zu ermöglichen, die sich in eine globale Strategie der öffentlichen Ordnung und Gesundheit einpasst;
- Förderung von Überlegungen auf europäischer Ebene über die Preise von Alkohol und die Beteiligung der Alkoholindustrie und der Nachtlokale an Präventionsinitiativen.



Kollektive Gewalt



Ausgangslage:

- Kollektive Gewalt ist ein Phänomen, das in zahlreichen europäischen Städten auftritt. Unter kollektiver Gewalt verstehen wir hier die Gewalt durch Jugendgruppen im öffentlichen Raum, einschließlich unsozialer Verhaltensweisen, Belästigung und schlechtes Benehmen. Dieses Phänomen unterscheidet sich im Prinzip von Problemen wie Hooliganismus, politischer Gewalt, Terrorismus und organisiertem Verbrechen.
- Das durch Gewalthandlungen hervorgerufene Gefühl der Unsicherheit führt zu einer Verschärfung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und einer Zunahme der Inhaftierung jugendlicher Gewalttäter.
- Das Problem der kollektiven Gewalt betrifft mehr oder weniger organisierte Gruppen und unterschiedliche Formen von Gewalt, Belästigung und Beleidigungen. Es bleibt nicht nur auf Stadtzentren begrenzt, sondern tritt auch in Randlagen und ländlichen Gebieten auf.
- Gewalt wird durch eine Vielzahl von Faktoren verursacht, die kumulativ das Risiko erhöhen, sich an Gruppenphänomenen und kollektiver Gewalt zu beteiligen.
- An problematischen Gruppen sind in erster Linie junge Menschen am Rande der Gesellschaft beteiligt. Die Mitgliedschaft in Banden ist oft eine Kompensationsstrategie, die auf ein oder mehrere Defizite (identitätsbezogen, materiell, Selbstwertgefühl, Anerkennung usw.) sowie auf die Mechanismen der gesellschaftlichen Ausgrenzung zurückzuführen ist.
- Diese Probleme können daher nicht nachhaltig gelöst werden, ohne mit Präventionsmaßnahmen an besagten Defiziten zu arbeiten.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- eine umfassende Antwortstrategie auf diese Herausforderungen, die abgesehen von einer strafrechtlichen auch eine zivilrechtliche, soziale und räumliche Komponente enthält;

-
- Wachsamkeit gegenüber den Gefahren einer strafrechtlichen Überreaktion;
 - in Prävention zu investieren, auch in Zeiten der Haushaltskrise, da Einschränkungen in diesem Bereich die Gesellschaft langfristig wesentlich teurer zu stehen kommen;
 - Antwortstrategien auf lokalen Partnerschaften zu gründen, die sämtliche Akteure von institutioneller Seite, aber auch von zivilgesellschaftlicher Seite einbeziehen;
 - die Stigmatisierung von Jugendgruppen zu vermeiden, da diese zur Stärkung ihres Zusammenhalts führen würde, und im Gegenteil die Jugendgruppe bei der Suche nach Lösungen einzubeziehen und deren Fähigkeiten herauszuarbeiten. Unter Einbezug der Genderaspekte sollen sie unterstützt werden, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Entwicklung relevanter Interventionsmethoden, beispielsweise im Rahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs, territorialer, individueller, familiärer aber auch kollektiver Ansätze, sowie frühkindlicher Prävention und Vermeidung einer systematischen Inanspruchnahme von Repression;
- Entwicklung von Handlungsansätzen im Rahmen von Begrifflichkeiten wie „Reputation“, Image, soziale Netzwerke und Medien;
- Begünstigung von Partnerschaften und „informeller, täglicher Diplomatie“ mit den betroffenen Jugendgruppen mit dem Ziel der Integration und nicht der sozialen Kontrolle;
- Schaffen von Möglichkeiten für einen Ausstieg aus der Jugendgruppe, insbesondere durch Arbeitsplatzangebote, auch unter Einbezug des Dritten Sektors.

Risikomanagement in Städten

Ausgangslage:

- Die zunehmende Verstädterung und die hohe Dichte der Städte setzen die Bürgerinnen und Bürger Risiken aus, denen vorgebeugt werden muss und die gemanaged werden müssen. Dabei handelt es sich um natürliche oder menschengemachte Risiken, deren Eintreten selten, ja außergewöhnlich ist.
- Urbane Risiken und tägliche Unsicherheit betreffen Städte und Gemeinden unmittelbar; in vielen Fällen ist der Bürgermeister für den Zivilschutz zuständig.
- Städtische Risiken erfordern ein Krisenmanagement, das sich von der Verwaltung der täglichen Sicherheit unterscheidet.
- In Weiterführung der UNISDR-Kampagne „Für beständige Städte – Meine Stadt bereitet sich vor“ und der Internationalen Strategie für Katastrophenprävention der Vereinten Nationen, werden die Gemeinden bei der Stärkung ihrer Fähigkeit unterstützt, mit Katastrophen umzugehen, insbesondere durch Instrumente, die eine Bewertung ihrer Fortschritte ermöglichen⁷.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- integrierte Verwaltungsmethoden, Präventions- und Entwicklungsstrategien für beständigere Städte zu entwickeln, ausgehend von der lokalen Ebene und in enger Zusammenarbeit mit der nationalen und internationalen Ebene;
- diesen integrierten Risikomanagementansatz auf städtischer Ebene regelmäßig zu evaluieren;
- eine einzige Überwachungs- und Verwaltungsstruktur für Risiken und Katastrophen einzurichten, beispielsweise einen lokalen Krisenstab, der in der Lage ist, die Koordination und Verwaltung der Ressourcen sicherzustellen;

-
- diesen integrierten Ansatz nicht nur für Krisenmanagements zu entwickeln, sondern auch für die Erstellung von Prognosen und Szenarien;
 - die Ressourcen auf lokaler Ebene gemeinsam zu nutzen, aber auch auf regionaler Ebene, und grenzübergreifend zu kooperieren;
 - Die Zivilgesellschaft, die privaten Partner wie die Verkehrsgesellschaften, kleine und mittelständische Unternehmen, Geschäfte, ebenso wie die Bewohnerschaft in die Prävention und das Management der Risiken und Bedrohungen einzubeziehen.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Beschaffung der notwendigen Mittel, um die lokalen Behörden zu informieren und zu schulen, damit sie sich aktiv an der Verringerung und Verwaltung der Risiken beteiligen.

Technologie im Dienst der Prävention

Ausgangslage:

- Die immer stärker verbreitete Nutzung neuer Technologien ändert unser Leben und unsere Städte, die zunehmend zu „digitalen“ und „intelligenten“ Städten werden.
- Die Städte stehen dem Potential offen gegenüber, das diese Technologien bieten, um das Leben der Bürgerinnen und Bürger, das Zusammenleben und die Sicherheit zu verbessern. Sie sind sich aber auch den ethischen Herausforderungen und den möglichen Problemen im Bereich der Grundrechte bewusst.
- Neue Technologien sind neue Instrumente, die den Städten zur Verfügung stehen, und die ergänzend zu bereits vorhandenen Mitteln und aufgrund ihres Nutzens und ihrer Effizienz in einer bestimmten Situation ausgewählt werden müssen.
- Im Rahmen eines auf der Wahrung der Grundrechte basierenden Ansatzes hängen Freiheit und Sicherheit eng miteinander zusammen.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- zu vermeiden, dass die Nutzung dieser modernen Instrumente dazu führt, dass die komplexen Ursachen für Unsicherheit ignoriert werden und Kriminalprävention auf eine technische Verwaltung der Risiken reduziert wird;
- die Einhaltung der Grundsätze der Charta für die demokratische Nutzung von Videoüberwachung⁸ für die Nutzung von Überwachungstechnologien allgemein: Legalität, Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit, Transparenz, Verantwortung, unabhängige Kontrolle und Bürgerbeteiligung;
- die Berücksichtigung dieser Grundsätze von Beginn an eines Projektes zur Nutzung neuer Technologien, sowie in jedem Stadium

seiner Umsetzung und Berücksichtigung der Maßnahmen zum Schutz des Privatlebens bei der Planung von Überwachungssystemen;

- die Nutzung der Chancen neuer Technologien zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere im Bereich der Bürgerbeteiligung und der Mitentscheidung;
- die Berücksichtigung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses der Technologien (auch unter Berücksichtigung der Kosten in Bezug auf den Eingriff in die Privatsphäre), und die Förderung von Lösungen, die die Privatsphäre schützen;
- die Berücksichtigung des menschlichen Faktors bei der Nutzung dieser Technologien und besondere Sorgfalt bei der Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sie einsetzen;
- die Nutzung und Entwicklung von Know-how in Bezug auf die tatsächliche Effizienz und Leistungsfähigkeit der Sicherheits- und Überwachungstechnologien.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Umsetzung der Grundsätze der Charta für die demokratische Nutzung von Videoüberwachung bei neuen Projekten, in denen Überwachungstechnologien eingesetzt werden;
- Bessere Evaluierung der Nutzung von Überwachungstechnologien und Ausbau der Kenntnisse im Bereich der Effektivität und Effizienz von Technologien;
- Nutzung des Potenzials der neuen Technologien zur Optimierung der Steuerung, zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur Befähigung der Bürgerinnen und Bürger, sich verstärkt in die Gemeinschaft einzubringen.

9- Charta für die demokratische Nutzung von Videoüberwachung, Efus, Juni 2010.

Öffentlich-private Partnerschaft

Ausgangslage:

- Der öffentliche und der private Sektor arbeitet zunehmend im Rahmen von Partnerschaften für Prävention zusammen, weil sie viel voneinander lernen und von einer Zusammenarbeit profitieren können.
- Der private Sektor, bei dem es sich sowohl um lokale Firmen als auch um Großunternehmen handeln kann, spielt eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung einer Stadt, und zwar nicht nur in finanzieller, sondern auch in personeller und fachlicher Hinsicht.
- Diese Partnerschaften kommen auch dem privaten Sektor zugute, der von dem sicheren Umfeld profitiert. Gleichzeitig erschweren Unterschiede in den beruflichen Kulturen und Betriebsformen die öffentlich-private Partnerschaft.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor unter Nutzung der Stärken aller Beteiligten und ohne Infragestellung der Zuständigkeiten jedes Beteiligten;
- die Festlegung gemeinsamer Zielsetzungen und Prioritäten auf Basis der jeweiligen Bedürfnisse und die Ausarbeitung einer kurz-, mittel- und langfristige Strategie;
- die Erstellung klarer, transparenter Regeln für Partnerschaften, die Vertrauen zwischen öffentlichen und privaten Beteiligten aufbauen oder stärken;
- sicherzustellen, dass durch Sicherheit keine Ausgrenzung entsteht und die Bedürfnisse der gesamten Gemeinschaft und nicht nur die potenzieller Kunden berücksichtigt werden. Der Privatsektor muss als Beteiligter einer Strategie mobilisiert werden, die Sicherheit als Gemeinschaftsgut verfolgt.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Zusammenarbeit mit einem breiten Spektrum an Vertretern des privaten Sektors, um ihren potenziellen Beitrag und die Erwartungen an örtliche Sicherheitsstrategien zu beleuchten;
- Informationsaustausch über öffentliche und private Projekte im Zusammenhang mit Sicherheitsstrategien zur Identifikation von Synergien und Kooperationsbereichen;
- Aufbau von Kooperationsprojekten mit öffentlich-privaten-Partnerschaften, deren Aufgaben und Verantwortung an die Art, den Zuständigkeitsbereich und das Potenzial der beteiligten Strukturen angepasst sind;
- Gegebenenfalls Unterstützung bei der Errichtung von Zwischenstrukturen, die Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor koordinieren und erleichtern können.



Zusammenarbeit zwischen lokaler, regionaler und nationaler Ebene

Ausgangslage:

- Die Koordination der Maßnahmen zwischen Städten, Regionen und nationalen Regierungen ist ein Schlüsselfaktor dafür, dass die Präventionspolitik wirkungsvoll, erfolgreich und realitätsnah umgesetzt wird.
- Städte und Gemeinden spielen eine direkte Rolle bei der Prävention von Verbrechen, aber sie sind oft zu klein, während nationale Regierungen zu wenig mit den lokalen Problemen in Kontakt sind, um den örtlichen Anforderungen umfassend Rechnung zu tragen. Als Zwischenorgane zwischen diesen beiden Ebenen spielen die Regionen eine wichtige Rolle.
- Trotz dieser Überlegungen ist das Zusammenwirken in vielen Ländern schwach. Widerstand seitens der Institutionen und Mangel an wirkungsvollen Koordinationsinstrumenten sind Hindernisse für Kooperation. Die unklare Verteilung von Aufgaben und Zuständigkeiten kann das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in öffentliche Stellen erschüttern.
- Hinzu kommt, dass viele Zentralregierungen in den letzten Jahren die Bedeutung der lokalen Steuerung zur Verhinderung von Kriminalität unterschätzt haben, vor allem im Bereich der Kriminalprävention auf gesellschaftlicher und gemeinschaftlicher Ebene.
- Durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise werden diese Probleme noch akuter, da die wichtige Rolle der lokalen Behörden in Frage gestellt wird und infolgedessen die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen im Hinblick auf Kriminalitätsprävention weiter geschwächt wird.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- dass die Europäische Union sich stärker auf die Verbesserung der

Kooperation und der Koordination zwischen den verschiedenen Ebenen konzentriert und die entsprechenden Bemühungen unterstützt;

- die Rolle der Städte und Gemeinden in der Kriminalprävention stärker anzuerkennen und ein breites Spektrum an Instrumenten zur Optimierung ihrer Vorgehensweisen zu entwickeln;
- dass Sozialpolitik, Sicherheitspolitik und Raumplanung miteinander verflochten sein sollten. Um dies zu erreichen, müssen Bestimmungen zur Stärkung der Integration und zum Übergang von einer einfachen Zusammenarbeit zu einer verbindlichen gemeinsamen Verantwortung in Kraft treten.
- dass Regionen eine Rolle als Mediatoren zwischen nationalen Regierungen und Städten einnehmen. Sie können auch spezifische Initiativen finanzieren, Forschungsarbeiten fördern und Instrumente für die Analyse und Beobachtung für örtliche Behörden bereitstellen. Sie können lebenslanges Lernen und Ausbildung auf einer breiteren territorialen Ebene unterstützen.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Stärkung unserer Bemühungen zur Schärfung des Bewusstseins der europäischen Institutionen für den Bedarf an spezifischen Programmen, die auf eine bessere Kooperation zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen in der Kriminalprävention abzielen;
- Verabschiedung einer Resolution, die auf die Probleme und Themen im Zusammenhang mit internationaler Kooperation ausgerichtet ist;
- Optimierung der Kenntnisse der Bürgerinnen und Bürger über die verschiedenen Zuständigkeitsebenen und ihres Bewusstseins hinsichtlich der Bedeutung koordinierter Aktionen.

Organisierte Kriminalität

Ausgangslage:

- Organisierte Kriminalität ist kein Problem, das nur bestimmte Länder betrifft. Die Bürgermeister und Bürger Europas sind sich heute dem Einfluss bewusst, den mafiöse Organisationen auch in Gebieten haben, von denen man bis dato ausging, dass diese nicht betroffen seien.
- Heute äußert sich die Präsenz krimineller Organisation auf unterschiedliche Weise:
 - > In den Regionen, in denen sie historisch verankert ist, übt die Mafia eine direkte Kontrolle auf das Territorium durch Gewalt und Bedrohung, aber auch durch Unterstützungs-, Arbeits- und Hilfsangebote für ihre „Schutzbefohlenen“ aus.
 - > In anderen europäischen Regionen äußert sich die Präsenz von Verbrechersyndikaten nicht oder noch nicht so offensichtlich, erfolgt aber dennoch über die Kontrolle der Geschäftswelt, das Einsickern in das öffentliche Vergabewesen und die Kontrolle von illegalem Drogen- und Menschenhandel, Prostitution und Glücksspiel.
- Die Bürgerinnen und Bürger verlangen von der Lokalpolitik Antworten auf die Sicherheitsprobleme in bestimmten Stadtteilen, zu denen so Besorgnis erregende Phänomene wie Sachbeschädigung, Drogenhandel und Straßenprostitution gehören, sowie die negativen Auswirkungen krimineller Aktivitäten für die Lokalwirtschaft, nicht selten zum Nachteil des legalen Wettbewerbs.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, europäische Städte und Gemeinden, für die Zukunft der Prävention,

- dass die europäischen Institutionen sich verstärkt mit dem organisierten Verbrechen befassen, und zwar nicht nur bezogen auf die Polizeiarbeit, sondern auch auf Präventionspolitik und Unterstützung für die Gebietskörperschaften;

-
- die Verabschiedung einer europäischen Richtlinie für die Beschlagnahme des Besitzes von Verbrecherorganisationen;
 - dass Städte sich mit Mitteln und Instrumenten ausstatten, die für die Analyse der Territorien und der Risiken und für die Kontrolle des öffentlichen Vergabewesens nötig sind. Sie sollten ein Netz mit Institutionen errichten, die in der Lage sind, die Transparenz der örtlichen Unternehmen zu kontrollieren und ihnen Unterstützung zuzusichern, falls kriminelle Organisationen an sie herantreten.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Mehr Transparenz und demokratische Kontrolle bei der Vergabe öffentlicher Aufträge oder anderer Instrumente oder Dienstleistungen, für die sie zuständig sind;
- Zusammenarbeit aller institutionellen Ebenen, um umfassende Strategien für die Bekämpfung von organisiertem Verbrechen in Bereichen festzulegen, die für kriminelle Organisationen besonders lukrativ sind, gleichgültig, ob es sich um traditionelle oder neue Bereiche handelt;
- Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger für die Risiken der organisierten Kriminalität, damit sie nicht der Logik des unmittelbaren Gewinns nachgeben, sondern sich in dem Kampf gegen das organisierte Verbrechen einbringen, indem sie Informationen weitergeben, von denen sie möglicherweise in ihrer eigenen Gemeinschaft Kenntnis erhalten;
- Die Kultur der Legalität durch Initiativen zu stärken und zu fördern, die die gesamte Bevölkerung einbeziehen.



Bezugstexte

- Erklärung von Delhi über die Sicherheit von Frauen und über Inklusion in Städten und Gemeinschaften, Frauen und Städte International, November 2012, Delhi;
- Charta von Leipzig über die nachhaltige europäische Stadt, Mai 2007, Leipzig;
- Sicherheit, Demokratie und Städte, Manifest von Zaragoza, 2006; Manifest von Neapel, 2000; Europäisches Forum für Urbane Sicherheit;
- Charta von Aalborg über nachhaltige Entwicklung, Vereinte Nationen, 1994 & 2004 Aalborg;
- Leitlinien der UNO für die Prävention von Kriminalität, Vereinte Nationen, 2002;
- Europäische Charta für Menschenrechte in der Stadt, Mai 2000, Saint Denis;
- Europäische Städtecharta, Kongress der Gemeinden und Regionen, 1992.



Übersetzung: **Helga Birkl**

Layout: **Marie Aumont**

Druck: **Cloître Imprimeurs, Saint-Thonan (France) - mai 2013**

ISBN : **2-913181-44-9**

EAN: **9782913181441**

Hinterlegung des Pflichtexemplars: **mai 2013**

Herausgeber:

European Forum for Urban Security

10 rue des Montiboefus

75020 Paris - France

contact@efus.eu

www.efus.eu



Mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission.
Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt
allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die
weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben

Städte helfen Städten

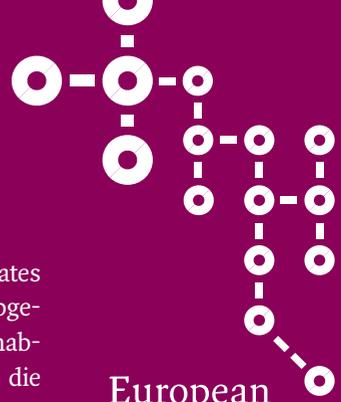
Das 1987 unter der Schirmherrschaft des Europarates gegründete European Forum for Urban Security (abgekürzt Efus) ist die älteste internationale regierungsunabhängige Vereinigung von Gebietskörperschaften, die sich für Sicherheit in Städten und Verbrechensbekämpfung einsetzen. Ziel unserer Organisation ist die Stärkung der politischen Maßnahmen im Bereich der Kriminalitätsprävention und die Unterstützung der Lokalpolitiker auf nationaler und europäischer Ebene.

Efus befasst sich mit allen Themen im Zusammenhang mit Sicherheit in Städten und stellt Kontakte zwischen europäischen Gebietskörperschaften im Rahmen des Austausches über Methoden und Kenntnisse, Kooperation und Schulung her. Das Forum dient ferner als Bindeglied zwischen den Gebietskörperschaften auf der lokalen und den Institutionen auf der nationalen, europäischen und internationalen Ebene.

Geleitet wird es durch ein Exekutivkomitee mit 33 Gebietskörperschaften, die von den Mitgliedern der Organisation gewählt wurden (ca. 250 Städte und Gebietskörperschaften). Es diente als Vorlage für die Errichtung von sieben nationalen Foren in Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien, Luxemburg und Portugal.

www.efus.eu

Organisation der internationalen Konferenz „Sicherheit, Demokratie und Städte: Die Zukunft der Prävention“ am 12., 13. und 14. Dezember 2012 in Zusammenarbeit mit den Städten:



European
Forum *for*
Urban
Security

Sécurité, démocratie et villes :
Manifeste d'Aubervilliers et Saint-Denis

Security, Democracy and Cities:
The Manifesto of Aubervilliers and Saint-Denis

Segurança, Democracia e Cidades:
o Manifesto de Aubervilliers e Saint-Denis

Seguridad, Democracia y Ciudades:
el Manifiesto de Aubervilliers y Saint-Denis

Sicherheit, Demokratie und Städte:
das Manifest von Aubervilliers und Saint-Denis

Sicurezza, democrazia e città:
il Manifesto di Aubervilliers e Saint-Denis

Veiligheid, Democratie en Steden:
het Manifest van Aubervilliers en Saint-Denis

Weitere Sprachen auf www.efus.eu

